

## Antrag

der Abgeordneten **Markus Blume, Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger, Eberhard Rotter, Alexander König, Albert Füracker, Reinhard Pachner, Christa Matschl, Martin Neumeyer, Christa Stewens, Sylvia Stierstorfer, Dr. Thomas Zimmermann CSU,**

**Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde, Thomas Dechant FDP**

### **Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz – Trassenentgelte im Schienenverkehr immissionsabhängig gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem die sog. LL-Bremssohle serienreif ist und die nach dem Umsetzungsplan zur Verordnung (EG) 62/2006 (SEDP – TAF TSI) einzurichtenden Telematiksysteme vorhanden sind, auf Schienenwegen der Deutschen Bahn AG zwingend eine immissionsabhängige Erhebung der Trassenentgelte im Schienengüterverkehr erfolgt.

#### **Begründung:**

Trotz nachgewiesener Gesundheitsbelastung gibt es im Hinblick auf Bahnlärm bei Bestandsstrecken – Schienenwege, die vor dem 1. April 1974 gebaut oder wesentlich geändert wurden – keine gesetzlichen Höchstgrenzen. Insbesondere der Güterverkehr verursacht dabei großen Lärm, da ca. 80 Prozent der in der Europäischen Union verkehrenden Eisenbahnen alten Bautyps sind.

Eine Alternative zur klassischen aktiven und passiven Lärmsanierung (beispielsweise Errichtung von Lärmschutzwänden oder -wällen bzw. Einbau von Schallschutzfenstern) stellt die Lärminderung an der Quelle dar. So kann mit dem Einsatz von modernen, leiseren Fahrzeugen oder der technischen Umrüstung von Bestandsfahrzeugen (beispielsweise mit dem Einbau von Verbundstoffbremssohlen) eine flächendeckende Lärminderung erzielt werden.

Die notwendigen Anreize für eine Erneuerung des Fahrzeugbestands bzw. eine Umrüstung sollen mit der Einführung einer auch lärmimmissionsabhängigen Entgeltstruktur für die Trassenutzung geschaffen werden. Auf diese Weise kann für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger unabhängig von der Haushaltssituation des Bundes und der Bewilligung konkreter baulicher Maßnahmen dringend benötigte Abhilfe geleistet werden.